

## Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: aallamode@giessen.de

Datum: 21.03.2007

### Niederschrift

zur 7. (außerordentlichen) Sitzung des Ortsbeirates Allendorf  
am Mittwoch, dem 10.01.2007,  
im Sitzungszimmer der Verwaltungsstelle, Mehrzweckhalle,  
Untergasse 34, 35398 Gießen-Allendorf.  
Sitzungsdauer: 19:10 - 21:45 Uhr

#### Anwesend:

##### Teilnehmer/-innen:

Herr Thomas Euler	SPD
Herr Tobias Blöcher	SPD
Frau Ellen Volk	SPD
Herr Hans Wagner	SPD
Herr Manfred Becker	FW
Herr Gerhard Greilich	Bündnis 90/Die Grünen

##### Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat

##### Stadtverordnete:

Herr Alfons Buchholz	(ab 20:30 Uhr)
----------------------	----------------

##### Von der Verwaltung:

Herr Peter Ravizza	Tiebauamt
Herr Olaf Walther	Tiefbauamt
Herr Holger Hedrich	Amt für öffentliche Ordnung

##### Gäste/Sachverständige:

Herr Uwe Degen	Stadtwerke Gießen AG	
Herr Dr. Gieselher Grenzdörfer	Eurovia	(bis 20:45 Uhr)
Herr Sven Häschel	Eurovia	(bis 20:45 Uhr)
Herr Klaus Leimbach	Eurovia	(bis 20:45 Uhr)

Herr Ulrich Becht	Bauunion Wandersleben	(bis 20:45 Uhr)
Herr Uwe Dolereit	Bauunion Wandersleben	(bis 20:45 Uhr)

**Außerdem:**

Zahlreiche Anwohner/innen der Straße „Untergasse“

(Die Anwesenheitsliste ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

**Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:**

Frau Andrea Allamode                      Schriftführerin

**Entschuldigt:**

Herr Prof. Dr. Franz-Josef Bockisch    CDU

Herr Jörg Schreiber                      CDU

Herr Hans Heller                         FW

Herr Stv. Prof. Dr. Klaus Kramer    CDU

**Ortsvorsteher Euler** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Auch wenn in der heutigen Sitzung keine Beschlüsse gefasst werden, stellt er fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Er weist darauf hin, dass die Sitzung gleichzeitig eine Anwohnerversammlung sei, sozusagen eine „offene“ Ortsbeiratssitzung, das heißt, es gilt ein Rederecht für alle Anwesenden. Weiter merkt er an, dass die Sitzung in zwei Teile aufgegliedert sei. Teil 1 beinhalte:

- Vorstellung der Beteiligten und der ARGE durch Stadtrat Rausch
- Bekanntgabe der Ansprechpartner/Bürgersprechstunde
- Bauablauf (Eurovia/Bauunternehmen Wandersleben)
- Verkehrsführung (SWG)
- Fragerunde

Danach werde die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen. Der 2. Teil schließe sich an und Inhalt dieses Teiles werde das Thema „Baukosten und Aussagen zu den Straßenbeiträgen“ sein.

**Ortsvorsteher Euler** merkt weiter an, dass das heute zur Beratung anstehende Thema eines der umstrittensten Großprojekt in Allendorf ist, nicht wegen dessen Erfordernis (die sei nach wie vor unbestritten), sondern wegen dessen Finanzierung. Er bittet alle Fragen zur Finanzierung nicht mit den Fragen zum Bauablauf und den Fragen zur Planung und Bauausführung zu vermengen. Die Fragen zur Finanzierung und der Straßenbeitragsatzung selbst werden im 2. Teil der Veranstaltung behandelt.

**Stadtrat Rausch** begrüßt die Anwesenden und stellt die Mitarbeiter der Firmen Eurovia und Bauunternehmen Wandersleben kurz vor. Er erläutert, dass die Kosten für das Bauprojekt vermindert werden konnten. Das werde zu geringeren Straßenbeiträgen führen. die Vergabesumme beziffert er mit 1,59 Mio. €, den reinen Straßenbau mit 290.000,- €.

#### **Tagesordnung:**

1. Grundhafte Erneuerung und Umgestaltung der Untergasse einschließlich der Brücke über den Kleebach in Gießen-Allendorf;  
**hier:** Bürgerinformationsveranstaltung zur anstehenden Baumaßnahme

#### **Abwicklung der Tagesordnung:**

1. **Grundhafte Erneuerung und Umgestaltung der Untergasse einschließlich der Brücke über den Kleebach in Gießen-Allendorf;**  
**hier: Bürgerinformationsveranstaltung zur anstehenden Baumaßnahme**
- 

**Ortsvorsteher Euler** schlägt bei beruflicher Verhinderung Herrn Herbert Buß (IAKU) als seinen Vertreter bei den Bausprechstunden und als ständig präsenten Ansprechpartner für die Zeit der Baumaßnahme vor. Herr Buß genieße sein volles Vertrauen und auch das Vertrauen der betroffenen Anwohner. Die anwesenden Bürger sind mit Eulers Vorschlag einverstanden und bestätigen Herrn Buß als Vertreter. **Ortsvorsteher Euler** erklärt, dass unbeschadet dessen der Ortsvorsteher, der stellv. Ortsvorsteher und auch die anderen Ortsbeiratsmitglieder als „Mittler“ zwischen der Bürgerschaft - einerseits - und Stadtverwaltung und Bauunternehmen - andererseits zur Verfügung stehen.

**Herr Ravizza**, Tiefbauamt, erläutert, dass die zeitliche Verzögerung auf die Zuschussgewährung durch das Land zurückzuführen sei. Bevor der Zuwendungsbescheid nicht vorliege, könne eine Baumaßnahme nicht begonnen werden. Bei der Stadt sei dieser Bescheid im Juni 2006 eingegangen. Der Antrag auf Bezuschussung sei im 1. Anlauf vom Land Hessen abgelehnt worden und erst im 2. Anlauf genehmigt worden (Einreichung des 2. Antrages fand im Jahr 2005 statt).

**Herr Walther**, Tiefbauamt, erläutert kurz die Einzelheiten der aus acht Abschnitten bestehenden Baumaßnahme. Neben der Erneuerung der Fahrbahn wird in der gesamten Untergasse bis zur Einmündung in die K 21 eine neue Wasserleitung verlegt, neue Hausanschlüsse gebe es nach Bedarf, die Stadtwerke Gießen setzen sich deshalb mit den Anwohnern in Verbindung. Es werden 17 neue Straßenlampen installiert, die Telekommunikationsleitungen werden erneuert und auf der Seite mit ungeraden Hausnummern wird ein neues

Starkstromkabel eingezogen. Der Straßenumbau erfolgt Zug um Zug, die Erreichbarkeit der Mehrzweckhalle wird immer gegeben sein.

**Herr Dr. Grenzdörfer**, Eurovia, macht einige Ausführungen zum Thema Bauablauf. Er führt aus, dass die Gesamtbauleitung bei der Firma Eurovia liege, die eine Arbeitsgemeinschaft mit der Firma Bauunion Wandersleben gebildet habe. Er spricht von einem insgesamt kompliziertem Bau, versichert den Anwohnern jedoch eine hohe Qualität. Hindernisse, Lärm und Dreck werden aber nicht zu vermeiden sein. Die Bauzeit bei jeweils halbseitigem Bau solle 18 Monate betragen. Sollten Probleme auftauchen, werde man ein offenes Wort vertragen können. Während kurzer Zeitfenster werde die Straße auch für Anlieger gesperrt sein. Dies werde aber stets rechtzeitig bekannt gegeben. Die Bauarbeiten sind in acht Bauabschnitten unterteilt. Darüber hinaus gibt es zwei grobe Abschnitte, und zwar von der Brücke bis In der Lache und von dort zur K21. Für Fußgänger werde eine Notbrücke über den Kleebach eingerichtet.

Weiter weist er darauf hin, dass Allendorf für den Durchgangsverkehr über die gesamte Bauzeit hinweg gesperrt bleibe. Die Umleitungen werden ausgeschildert sein. Aber die Erreichbarkeit der Geschäfte und Grundstücke in der Untergasse solle möglichst durchgängig erhalten bleiben. Insbesondere gilt dies für die Mehrzweckhalle mit der darin befindlichen Arztpraxis und dem Parkplatz der Mehrzweckhalle. Veranstaltungen der örtlichen Vereine sollen möglichst frühzeitig mit der Bauleitung abgesprochen werden, um die Andienung zu gewährleisten, so Herr Dr. Grenzdörfer.

Aussagen zur Verkehrsführung und dem Busverkehr werden von Herrn Hedrich (Amt für öffentliche Ordnung) und Herrn Degen (Stadtwerke Gießen AG) gemacht. Fahrpläne sind an den jeweiligen Haltestellen ausgehängt.

**Folgende Punkte werden für die Niederschrift festgehalten:**

- Eine Bürgersprechstunde richtet die Bauleitung für mittwochs von 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr im Container ein.
- Die fußläufige Erreichbarkeit ist immer gegeben, durch ausgeleuchtete Notfußgängerbrücke.
- Der zentrale Parkplatz an der Mehrzweckhalle wird von einer Seite aus immer erreichbar sein. Fußweg für die Schüler wird gesichert sein.
- **Herr Steinmüller, jun.** merkt an, dass sein Vater und er vor Baubeginn ihre Einwilligung signalisiert hatten, zwei Parkplätze vor der Gaststätte „Kleine Schweiz“ (Untergasse 39) für die Bauarbeiten zur Verfügung zu stellen. Nun sollen aber „alle“ sechs Parkplätze wegfallen, sie bestehen jedoch darauf, dass zwei Parkplätze für ihre Kundschaft erhalten bleiben.

**Herr Ravizza** sagt eine Überprüfung des Sachverhaltes zu und wird sich mit Steinmüllers zusammensetzen.

- **Herr Klaus Weller** (Vorsitzender des Geflügelzüchtervereines) bittet um eine Genehmigung zum Befahren der Straße „In der Lache“, weil sich dort die Geflügelzuchtanlage befindet und die Tiere jeden Tag gefüttert werden müssen.

**Herr Hedrich** sagt eine Klärung zu.

- Der ortsansässige Arzt, **Herr Burkhard Köhl**, bittet darum, die Straße „In der Lache“, in der sich seine Praxis befindet, für den Verkehr freizugeben.

Herr **Walther** teilt mit, dass davon abgesehen wurde.

**Ortsvorsteher Euler** merkt an, dass noch ein Prüfauftrag des Ortsbeirates hinsichtlich der einseitigen Befahrbarkeit von der Straße „In der Lache“ mit Baustellenampel vom Magistrat noch nicht beantwortet sei. Er bittet um erneute Prüfung.

**Die Sitzung wird von 20:45 Uhr bis 21:10 Uhr für 25 Minuten unterbrochen.** Die Zeit wird dazu genutzt, dass sich Bürger/innen vor den aufgehängten Planunterlagen ihre Detailfragen beantworten lassen.

Nach der Sitzungspause ruft **Ortsvorsteher Euler** den 2. Teil der Veranstaltung betreffend der Finanzierung auf. Er bedauert, dass die Stadtverordnetenversammlung in der Dezembersitzung nicht den einstimmigen Ortsbeiratsbeschlüssen hinsichtlich einer Aufhebung bzw. Änderung der Straßenbeitragsatzung gefolgt sei.

**Stadtrat Rausch** merkt zu den Baukosten an, dass die Gesamtsumme erheblich niedriger als bei den Planungen im Jahr 2002 sei. Großer Einzelposten, sei der Brückenbau mit 350.000,- €, der aber, wie verschiedene andere Posten auch, nicht zur Straßenbeitragsatzung herangezogen werde. Die einzelnen Kosten stellen sich wie folgt dar:

Gesamtbaumaßnahme:	1,59 Mio. €.
Abzüglich	
Brückenbau	350.000,00 €
Stützmauer	155.000,00 €
Ver-/Entsorger MAB	675.000,00 €
SWG	145.000,00 €
lesy/Telekom	20.000,00 €

Hinzu kommen noch die Kosten für die Straßenlaternen und sonstige Nebenkosten.

Grundlage für die Berechnung der Straßenbeiträge gemäß Straßenbeitragsatzung: **420.000,00 €**. Davon sind, unter Berücksichtigung des ausstehenden

Magistratsbeschluss zur Einstufung als überwiegend überörtliche Durchgangsverkehrsstraße, 25% von den Anliegern zu tragen. Für Grundstücke mit einem Vollgeschoss entstehen ca. 3,00 €, für zwei Vollgeschosse ca. 3,50 € und für drei Vollgeschosse ca. 4,00 €, pro Quadratmeter Grundstücksfläche.

Festzuhalten ist, dass der Bau der Rückhaltebecken Triebstraße und Obergasse, der Brücke, der Stützmauer, des rechten Kleebachufers und die Notbeleuchtung der Fußgängerbrücke nicht im Sinne der Straßenbeitragssatzung auf die Anwohner umgelegt werden.

#### **Weitere Punkte, die in der Niederschrift festgehalten werden:**

- Auf Frage von **Herrn Joachim Ulm** entgegnet **Herr Ravizza**, dass bei einem Grundstück mit rückwärtigem Garten eine Heranziehung nur bis zu 50 Metern Tiefe erfolge. Diese Tiefenbegrenzung gilt aber nur bei sogenannten Hinterliegergrundstücken, die an einen Außenbereich grenzen. Herr Ulm bittet des Weiteren um Klärung, ob ein bereits veranlagtes Grundstück bei Straßenbaumaßnahmen am rückwärtigen Grundstück noch erneut zur Straßenbeitragssatzung heran gezogen wird.
- **Herr Buß** fragt, ob die städtischen Flächen herausgerechnet werden.  
**Ortsvorsteher Euler** entgegnet, er habe es so verstanden, dass auch die städtischen Flächen zu den Beitragsflächen zählen und herangezogen werden.
- **Ortsvorsteher Euler** hält auf Nachfrage des **Herrn Buß** fest, dass die Kosten der zwei Gebäudegutachten für die Beweissicherung nicht umgelegt werden. Diese werden von der Stadt bezahlt.  
**Herr Ravizza** stellt fest, dass hingegen die Kosten für die Bodengutachten jedoch umgelegt werden.
- **Herr Buß** fragt, ob Kosten, die für eine nachträgliche Planungsänderung entstehen, auf die Anlieger umgelegt werden.  
**Herr Ravizza** erklärt, dass er das ausschließt.
- Auf eine Frage von **Herrn Buß** hält **Stadtrat Rausch** für die Niederschrift fest, dass Abrechnungen für Bezuschussgrundlage für Straßenbeiträge nur im berechtigten Widerspruchsverfahren von Anliegern eingesehen werden können.
- **Ortsbeiratsmitglied Herr Wagner** erklärt, dass die Untergasse niemals für den Schwerverkehr geeignet war. Die Zulassung für den Schwerverkehr durch Stadt in der Vergangenheit empfindet er als fahrlässig.
- **Ortsbeiratsmitglied Herr Becker** vermutet, dass der Verwaltungsaufwand für die Berechnung und Umsetzung der Straßenbeitragssatzung höher ausfallen werde, als die tatsächlichen Einnahmen. Er werde diese Angelegenheit in zwei, drei Jahren nochmals ansprechen und eine dementsprechende Anfrage an den Magistrat stellen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Frau Annemarie Ferber, Herr Eugen Richter, Frau Köhl, Herr Markus Karger, Herr Peter Bucher und Herr Hans Ludwig Steinmüller, sen., Helmut Bellof und Jutta Volk.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER VORSITZENDE:**

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) Euler

(gez.) Allamode